

# NEWSLETTER FRANK JAHNKE

FÜR KULTUR. WIRTSCHAFT. STADTPOLITIK.



Aktuelle Informationen von Frank Jahnke  
2. Quartal 2026



Inhalt	Seite
EDITORIAL	1
KULTURWIRTSCHAFT Diskussion mit Steffen Krach in der Kulturbrauerei	2
STADTENTWICKLUNG Wie geht es weiter rund um den Breitenbachplatz?	4
ERINNERUNGSKULTUR Gedenkstättenfahrt nach Brandenburg a.d. Havel	5
GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT Website der Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf	7
KULTUR Berliner Jahr der Amateurmusik	8



Musikalischer Auftakt zur Podiumsdiskussion in der Deutschen Oper mit (im Hintergrund v.r.n.l.): Moderator CHRIS BERGHÄUSER, MELANIE KÜHNEMANN-GRUNOW, REGINA KITTLER, DANIELA BILLIG und DENNIS HAUSTEIN  
Foto: Frank Jahnke

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

während die Berliner Kulturpolitik mit dem Rücktritt von Senatorin SARAH WEDL-WILSON nur ein knappes Jahr nach dem unfreiwilligen Abgang ihres Vorgängers JOE CHIALO im Chaos versinkt und in der kurzen Regierungszeit von KAI WEGNER seit 2023 mit STEFAN EVERS bereits der dritte Ressortchef für Kultur – neben der Aufgabe als Finanzsenator – sein Amt antritt, hat der Wahlkampf längst begonnen.

Unter dem Titel »Deine Stimme für Musik« lud die Deutsche Oper Ende April gemeinsam mit dem Landesmusikrat Berlin zu einer Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der demokratischen Parteien ein, um insbesondere über die Zukunft der Musikschulen und der Amateurmusik in Berlin im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl zu sprechen (s. nebenstehendes Foto).

Das vom Landesmusikrat initiierte »Berliner Jahr der Amateurmusik 2026«, über das hier berichtet wird (vgl. S. 8), hebt die große Bedeutung von gemeinsamem Musikerleben für unsere demokratische Gesellschaft hervor. Ehrenamtliches Engagement ist aber auch über die Musik weit hinaus fundamental für das Funktionieren und die Resilienz unserer Gesellschaft, wie in diesem Newsletter an den Beispielen der Erinnerungskultur sowie einer Seniorenvertretung deutlich wird.

Im wirtschaftlichen Bereich geht es ebenfalls nicht ohne soziales Engagement. Wenn sich, wie hier berichtet, eine Initiative engagiert, um die Institution Kulturbrauerei zu erhalten, oder ein Architekturbüro »Pro Bono«, d.h. ohne bezahlten Auftrag, Ideen für die Stadt entwickelt, hat dies allerdings gesellschaftliche und ökonomische Relevanz!

Eine interessante Lektüre und schöne Frühlingstage wünscht

*Frank Jahnke*

## Diskussion mit Steffen Krach in der Kulturbrauerei

Zu den zahlreichen baulichen Zeugnissen der Industriekultur in Berlin zählen insbesondere frühere Brauereien – in Moabit ebenso wie am Tempelhofer Berg oder in Neukölln. Besonders hoch war die Brauereidichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert am Prenzlauer Berg, wo mit dem Bötzow-Viertel ein ganzes Quartier den Namen einer Brauereibesitzerfamilie trägt, mit dem »Pfefferberg« ebenfalls eine einstige Brauerei eine neue Nutzung erfahren hat, und die frühere Schultheiß-Brauerei an der Schönhauser Allee seit 35 Jahren als Kulturbrauerei über Berlin hinaus bekannt ist. Der SPD-Fachausschuss VII (Wirtschaft, Arbeit, Technologie) besuchte mit dem Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahl, STEFFEN KRACH, und der örtlichen SPD-Abteilung 15 die Kulturbrauerei, um mit Aktiven vor Ort über die Zukunft dieser Institution zu sprechen.

Die eindrucksvolle Industriearchitektur der ehemaligen Brauerei entstand Ende des 19. Jahrhunderts nach Plänen von FRANZ SCHWECHTEN, dem Architekten des Anhalter Bahnhofs und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, und umfasst ein rund 25.000 m<sup>2</sup> großes Areal zwischen Schönhauser Allee, Sredzki- und Knaackstraße mit mehreren Höfen. Bier gebraut wird dort schon seit 1967 nicht mehr, doch immerhin eröffnete mit dem FDJ-Jugendclub »Erich Franz« (kurz: »Franz-Club«) bereits 1970 die erste Kultureinrichtung auf dem Gelände. Während der 70er und 80er Jahre etablierte sich hier die Ost-Berliner Musikszene, in den Neunzigern kamen auch namhafte Bands aus dem Ausland hinzu, bis hin zur legendären amerikanischen Rockgruppe Steppenwolf.

Mit der deutschen Einheit 1990 wurde das einstige Brauerei-Areal von der Treuhandanstalt mit dem Ziel einer Privatisierung übernommen, die jedoch scheiterte. Die Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) übernahm daraufhin die weitere Entwicklung des Areals selbst. Gleichzeitig fingen Kreative und Kunstschaffende an, in den leerstehenden, z.T. maroden Gebäuden zu arbeiten und kreierte auch bereits 1991 den Begriff »Kulturbrauerei«. Die TLG schloss nach und nach Mietverträge mit den Nutzenden und begann 1998 mit der Sanierung des Gebäudebestands. Der damalige Bundestagspräsident WOLFGANG THERSE, Anwohner im Kollwitz-Kiez, war ein leidenschaftlicher Unterstützer des Projekts und nahm nun auch an der Führung teil.



Der markante Eckturm der Kulturbrauerei an der Schönhauser Allee mit dem grünen Eingangstor zum FRANNZ-Club

Foto: Frank Jahnke

Auf dem Gelände sind heute Kultureinrichtungen wie das »RambaZamba«-Theater, das Museum in der Kulturbrauerei zur DDR-Alltagskultur, das Theater »PANDA platforma«, das »Haus für Poesie« und eine Theaterschule ansässig. Mehrere Clubs wie »Kesselhaus und Maschinenhaus« oder das »FRANNZ«, Nachfolger des 1997 geschlossenen alten Franz-Clubs, sorgen für ein vielfältiges Musikprogramm an 365 Tagen im Jahr. Insgesamt finden etwa 2.500 Veranstaltungen in den Event Locations und 12.000 Vorstellungen im Kino in der Kulturbrauerei jährlich statt, so dass jedes Jahr ca. 2,5 Mio. Besucherinnen und Besucher in die Kulturbrauerei kommen. Zur Belebung des offenen Geländes tragen auch das »tic«, Tourist Information Center für den Bezirk, der Fahrradverleih »Berlin on Ride« und weitere Dienstleistungsunternehmen bis hin zum einem REWE-Markt bei.

SÖREN BIRKE, Geschäftsführer der Consense Gesellschaft zur Förderung von Kultur mbH, die Kesselhaus und Maschinenhaus betreibt, und zugleich im Vorstand des Vereins »Kulturbrauerei e.V.«, führte die SPD-Delegation mit Spitzenkandidat STEFFEN KRACH und weiteren Kandidierenden aus dem Bezirk über das Gelände und stellte ausgewählte Institutionen vor. Gemeinsam mit den Vereinsvorstandsmitgliedern

SVETLANA MÜLLER, LILLEMOR MALLAU, MAX E. NEUMANN (zugleich im Vorstand des Fachausschusses VII der Berliner SPD), erläuterte er die aktuelle Situation der Kulturbrauerei sowie die Vorstellungen des »Kulturbrauerei e.V.« zur weiteren Entwicklung und Sicherung des Kultur- und Kreativstandorts, die in einer anschließenden Diskussionsrunde vertieft wurden.

ntwicklung fließen. Angestrebt wird die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung, unterstützt durch das Land Berlin, um das Eigentum an der Kulturbrauerei zu erwerben und den Kulturstandort langfristig zu sichern. Die aktuelle Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD bekennt sich immerhin zum Erhalt der Kulturbrauerei, ohne allerdings konkrete Schritte zu benennen. Die SPD auf Landes- und Bezirksebene

wird sich weiterhin dafür einsetzen, diesen wichtigen Kultur- und Kreativstandort zu erhalten und vor Verdrängung zu schützen. Mit Unterstützung der SPD-Fraktion in der BVV Pankow wurde 2021 die Sicherung der Kultur auf dem Gelände über einen Bebauungsplan beschlossen, der dieses Jahr festgesetzt werden soll. Die Fraktion hatte schon vor Jahren die Vernachlässigung des Geländes durch »Aroundtown« thematisiert und forderte zuletzt, die gemeinwohlorientierte Anmietung von Kulturflächen durch das Land Berlin im bisherigen Umfang von 4500 m<sup>2</sup> fortzusetzen.



SÖREN BIRKE (rechts) führt durch die Kulturbrauerei – neben ihm (v.r.n.l.) SPD-Spitzenkandidat STEFFEN KRACH, Altbundestagspräsident WOLFGANG THIERSE und SPD-Wahlkreiskandidat HEIKO KRETSCHMER.  
Foto: Frank Jahnke

Das Grundproblem besteht in der Geschäftspolitik des neuen Eigentümers der Kulturbrauerei. Die TLG wurde im Jahr 2012 von der schwarz-gelben Bundesregierung unter ANGELA MERKEL und GUIDO WESTERWELLE privatisiert, zunächst an die US-amerikanische Investmentgesellschaft Lone Star. In einem größeren »Share Deal« gelangte die TLG und mit ihr die Kulturbrauerei 2019 schließlich an die Aroundtown SA, größter Anbieter von Büroimmobilien in Europa. Am Konzept des Kultur- und Kreativstandorts zeigt »Aroundtown« wenig Interesse, zielt ausschließlich auf hohe Mieteinnahmen und löste auch die bestehende Werbegemeinschaft der Nutzerinnen und Nutzer der Kulturbrauerei auf.

Der Verein »Kulturbrauerei e.V.« fordert hingegen, dass die Mieteinnahmen von jährlich rund 5 Mio. Euro auf dem Gelände bleiben und in die Standort-



Diskussion im Anschluss an die Führung mit LILLEMOR MALLAU, STEFFEN KRACH, SÖREN BIRKE und MAX E. NEUMANN (v.l.n.r.)  
Foto: Bastian Follmann

## Wie geht es weiter rund um den Breitenbachplatz?

**Durch die Bomben des Zweiten Weltkriegs wurde Berlins Innenstadt erheblich zerstört, doch eine nicht minder schwere Zerstörung brachten in Ost- wie in West-Berlin die ersten Nachkriegsjahrzehnte. Insbesondere dem Leitbild der »autogerechten Stadt« fielen zahlreiche Stadtquartiere und Plätze zum Opfer, die den Krieg relativ unversehrt überstanden hatten. Der Breitenbachplatz mit seiner Autobahnüberbauung ist hierfür ein besonders deutliches Beispiel.**

Die erst 1980 eröffnete Autobahn A 104, die am damaligen Autobahnkreuz Wilmersdorf vom Stadtring Richtung Steglitz abzweigte und im Norden noch ein Stück bis zur Konstanzer Straße führte, wirkte im Grunde schon bei ihrer Eröffnung etwas aus der Zeit gefallen. Sie durchquerte in einem Tunnel das große Wohngebäude an der Schlangenbader Straße (im Volksmund auch »Schlange« genannt) in Höhe des zweiten und dritten Stockwerks, um dann auf eine Autobahnbrücke zu führen, die den historischen Breitenbachplatz überspannte und dessen Erscheinungsbild hiermit komplett veränderte, und schließlich in die Schildhornstraße zu münden, eine auf beiden Straßenseiten mit Wohnhäusern dicht bebaute Stadtstraße. Die geplante Weiterführung der Autobahn A 104 bis zur Autobahn A 103 wäre in dieser schmalen Wohn- und Geschäftsstraße nur in Hochlage möglich gewesen, was Anfang der 80er Jahre jedoch politisch schon nicht mehr durchsetzbar war.

So blieb dieser Autobahntorso über mehr als 40 Jahre in Betrieb, die Autos rasten oft viel zu schnell von der Rampe hinunter in die Schildhornstraße, was zu gefährlichen Unfällen führte, weshalb dort schließlich Tempo 30 eingeführt und mit Blitzern strikt kontrolliert wurde. Wohl auch deshalb verlor die A 104 ihren Status als eigenständige Bundesautobahn, wurde 2006 zu einem bloßen Abzweig des Stadtrings A 100 herabgestuft und fiel damit in die Zuständigkeit des Landes Berlin. Die grüne Verkehrsministerin BETTINA JARASCH sperrte als eine ihrer letzten Amtshandlungen im April 2023 den Tunnel Schlangenbader Straße wegen erheblicher Sicherheitsmängel auf unbestimmte Zeit.

Seither wird in der Öffentlichkeit kontrovers über die Zukunft der ehemaligen A 104 diskutiert. Da die Autobahnbrücken über den

Breitenbachplatz ebenfalls marode sind und in der Zeit ihrer Errichtung nach heute nicht mehr gültigen Normen mit unzulänglichen Materialien errichtet wurden, kommt eine Sanierung nicht in Betracht. Der Brückenabriss ist daher beschlossene Sache und wird demnächst beginnen. Für die mittlerweile CDU-geführte Verkehrsverwaltung ist damit allerdings die Frage einer dauerhaften Schließung des Autobahnabzweigs noch keineswegs entschieden, sondern sie möchte die Brückenstützen am Breitenbachplatz stehen lassen, um diese ggf. später für einen Brückenneubau zu verwenden, und plant auch eine Sanierung des Tunnels Schlangenbader Straße für eine weitere Nutzung.

Glücklicherweise gibt es in der Stadtgesellschaft aber auch andere Ideen als die Wiederbelebung einer antiquierten Verkehrspolitik. Der Architekten- und Ingenieurverein Berlin-Brandenburg e.V. (AIV) hat gemeinsam mit der Patzschke Planungsgesellschaft mbH beim Wettbewerb »Neustart Berlin« im vergangenen November das Pilotprojekt »Stadt statt A 104« vorgestellt, bei dem es um soziale Stadtentwicklung, Mobilitätswende und kooperative Planungskultur in Berlin geht.



*ROBERT und THADDÄUS PATZSCHKE (v.l.n.r.) in ihrem Atelier vor einem Plan mit der Umgebung des Breitenbachplatzes  
Foto: Frank Jahnke*

Das renommierte Büro »Patzschke & Partner Architekten« mit repräsentativem Hauptsitz am Bahnhof Grunewald, gegründet 1968 durch die Brüder JÜRGEN und RÜDIGER PATZSCHKE, wird mittlerweile in zweiter Generation nach wie vor als Familienunternehmen geführt. Geschäftsführer ROBERT PATZSCHKE, auch Vorstandsmitglied des AIV, erläuterte mir gemeinsam mit seinem Cousin und Mitgesellschafter THADDÄUS PATZSCHKE sein Konzept eines Stadtumbaus im

Bereich der ehemaligen A 104. Auf Anregung des kürzlich verstorbenen früheren Senatsbaudirektors HANS STIMMANN und des ehemaligen Bundestagsabgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf, KARL-GEORG WELLMANN, hatte sich PATZSCHKE bereits 2021 unter dem Motto »STADT statt A 104« mit der Thematik zu beschäftigen begonnen.

Leitgedanke ist die Wiederherstellung der städtebaulichen Qualität des Breitenbachplatzes mit zusätzlichem Grün und gleichzeitigem Gewinn von rund 600.000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche, davon etwa die Hälfte in öffentlicher Hand. Das Konzept beschäftigt sich auch mit verkehrspolitischen Überlegungen, den gesamten Raum zwischen »der Schlange« und dem »Bierpinsek« in Steglitz betreffend. Die Sperrung des früheren Autobahnabzweigs seit 2023 hat bereits zu Ausweichverkehren geführt, die noch nicht im Rahmen einer längerfristigen Verkehrsplanung stattfinden, aber bereits die Entbehrlichkeit der früheren A 104 zeigen. Man könnte also auf eine Sanierung und Wiedereröffnung des Tunnels Schlangebader Straße gänzlich verzichten und würde hierdurch weiteren Stadtraum durch den Wegfall von Rampen gewinnen.

Das Konzept von Patzschke & Partner Architekten lässt aber auch die Möglichkeit der Tunnelsanierung zu und zeigt sogar eine Visualisierung des Breitenbachplatzes mit den stehengebliebenen Brückenpfeilern der Autobahnüberbauung, wie von der Senatsverwaltung derzeit vorgesehen. Konsequenter ließe sich die Rückgewinnung des Stadtraums allerdings bei vollständiger Beseitigung der Autobahnrelikte verwirklichen. Eine konkrete architektonische Ausgestaltung der auf den freiwerdenden Flächen zu errichteten Bauten liefert dieses städtebauliche Konzept selbstverständlich nicht, aber es zeigt auf, wo und in welcher Kubatur Gebäude entstehen können, wo Umgestaltungen im Bestand sinnvoll wären und wo neue Grünflächen entstehen könnten.

**Zum Konzept:** <https://patzschke-architektur.de/portfolio/stadt-statt-a-104/>

**Terminhinweis:** ROBERT PATZSCHKE erläutert sein Konzept zur Wiedergewinnung des Stadtraums im Bereich der früheren A 104 bei einer Veranstaltung der SPD-Fachauschüsse »Soziale Stadt« und »Mobilität« am Donnerstag, d. 07. Mai 2026, 18.30 Uhr im Willy-Brandt-Haus (Bürgerbüro SPD Friedrichshain-Kreuzberg), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

## Gedenkstättenfahrt nach Brandenburg a.d. Havel

**Der industrialisierte rassistische Massenmord der Nationalsozialisten begann mit den Schwächsten in der Gesellschaft: Im Rahmen der sogenannten »Aktion T4« wurden systematisch zehntausende behinderte sowie seelisch und psychisch kranke Menschen in Tötungsanstalten ermordet. Kranke und Behinderte wurden in der NS-Ideologie als »unwertes Leben« angesehen und zu einer Gefahr für den »deutschen Volkskörper« stilisiert, deren Erbanlagen »ausgemerzt werden müssten«. Zwangssterilisierungen wurden daher in großem Umfang durchgeführt und ab 1939 unter dem verharmlosenden Begriff »Euthanasie« (wörtlich: »Schöner Tod«) erstmals massenhaft Morde in Gaskammern erprobt und praktiziert - ein Wissen, das später in den NS-Vernichtungslagern im Holocaust aufgegriffen und vielfach vom gleichen Personal fortentwickelt werden sollte.**

Organisiert wurde der Massenmord an psychisch kranken Menschen (und manchmal auch an für krank erklärten Menschen) von einer zentralen Planungs- und Verwaltungsstelle in Berlin, Tiergartenstr. 4, deren Adresse in der Tarnform »T4« der Mordaktion den Namen gab. Die Villa hatte zuvor der Familie von GEORG LIEBERMANN, einem Bruder des Malers MAX LIEBERMANN, gehört. Heute befindet sich auf dem Gelände die Berliner Philharmonie, und seit 2014 erinnert ein Gedenk- und Informationsort vor der Philharmonie an die »Euthanasie«-Morde.

Ausgeführt wurden diese Morde in sechs eigens dafür über das damalige Deutsch Reich verteilten Tötungsanstalten. Der bekannteste dieser Orte liegt im hessischen Hadamar, doch auch im Raum Berlin gab es eine solche Anstalt in Brandenburg a.d. Havel, wo die ersten Morde mit Gas überhaupt erprobt wurden. Über 9000 Menschen fanden dort den Tod. Heute befindet sich hier die Gedenkstätte für die Opfer der »Euthanasie«-Morde, die der Verein »Das Rote Tuch e.V.«, der sich erinnerungspolitischer Bildungsarbeit widmet, im April besuchte.

Am Nicolaiplatz zentral in der Innenstadt von Brandenburg gelegen, fand die Mordstätte 1939/40 Platz in einer leerstehenden Haftanstalt. Eine zur Anstalt gehörende Scheune wurde zur Gaskammer mit vorgelagerten Entkleidungsräumen umgebaut. Von diesen Bauten stehen heute nur noch die Grundmauern, doch Informationsstelen auf dem Gelände

ermöglichen die Orientierung, und STEFAN JÜRGENS, pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte, schilderte uns den Ablauf der Mordaktion.



STEFAN JÜRGENS (2. v. l.) erläutert den Ablauf der Patientensterbe am Ort der früheren Gaskammer, von der nur Grundmauern erhalten sind.

Foto: Frank Jahnke

Speziell für die »Aktion T4« eingesetzte Ärzte im fernen Berlin hatten die Opfer nach bloßer »Aktelage« ausgewählt, die sodann in eigens hierfür umgebauten, ehemaligen Postbussen nach Brandenburg gefahren wurden, sich sofort nach ihrer Ankunft entkleiden mussten, um noch einmal von einem Arzt vor Ort in Augenschein genommen zu werden. Dies diente vor allem dem Erfinden fingierter Todesursachen, die anschließend in die Sterbeurkunde eingetragen und den Angehörigen in einem sog. »Trostbrief« mitgeteilt wurden. Nur in Einzelfällen kam es vor, dass der Arzt vor Ort doch von einer Tötung absah, was durchaus in seiner Macht lag.

Die zentrale Lage der Tötungsanstalt im Stadtzentrum, umgeben von Wohnbauten, führte allerdings dazu, dass der Rauch aus den Krematorien und andere Begleitumstände der Mordaktionen nicht unbeobachtet blieben und deshalb schon im Herbst 1940 nach Bernburg verlegt wurden. Für die Medizin besonders beschämend ist die Tatsache, dass die letzten in der Brandenburger Gaskammer getöteten Opfer Jugendliche waren, die wohl vor allem deswegen sterben mussten, um nach ihrem Tod die Gehirne zu untersuchen – die Ergebnisse dieser Untersuchungen fanden auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch Verwendung!

Die in einer ehemaligen Lagerkantine für die Beschäftigten der Tötungsanstalt eingerichtete Dauerausstellung dokumentiert die Hinter-

gründe des »Euthanasie«-Programm der Nationalsozialisten. Pseudowissenschaftliche Schriften der sog. »Eugenik« werden gezeigt, die bereits im frühen 20. Jahrhundert die theoretischen Grundlagen für das Mordprogramm lieferten, das ADOLF HITLER schließlich mit seinem auf den Tag des Kriegsbeginns

1. September 1939 datierten »Gnadentod-Erlass« in Gang setzte – tatsächlich gibt es hierzu, anders als beim Holocaust, ein Dokument mit HITLERS persönlichem Briefkopf, das in der Ausstellung zu sehen ist. Gezeigt werden aber auch die Lebensläufe von Opfern und von Tätern sowie Beispiele des Widerstands gegen die Mordaktionen, die schließlich zur Beendigung der »Aktion T4« im Sommer 1941 führte. Insbesondere Proteste aus dem kirchlichen Bereich, wie der des Bischofs CLEMENS AUGUST GRAF VON GALEN aus Münster oder des Pastors PAUL BRAUNE von den Lobetalen Anstalten waren hierfür ursächlich, doch auch andere Fälle des Widerstands sind dokumentiert. Der Brandenburger Jurist LOTHAR KREYSSIG etwa erstattete sogar Anzeige wegen Mordes gegen den Leiter der »Aktion

T4«, PHILIPP BOUHLER, da Mord auch in Nazi-Deutschland ein Straftatbestand blieb. KREYSSIG wurde daraufhin zwangsweise in den Ruhestand versetzt, aber sonst nicht weiter belangt.



Auf dieser Schautafel im Ausstellungsgebäude werden Beispiele mutigen Widerstands gegen die Krankenmorde gezeigt.

Foto: Frank Jahnke

**Weitere Informationen unter:**

<https://www.brandenburg-euthanasie-sbg.de/>

**Literatur:** Tiergartenstraße 4 – Geschichte eines schwierigen Ortes, Metropol-Verlag Berlin 2014, erhältlich über die Landeszentrale für politische Bildung Berlin (Schutzgebühr 3,- €)

## Website der Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Generation der heute über 60-jährigen nicht als »Digital Natives« aufwuchs wie etwa die sog. »Gen Z« der um die Jahrtausendwende Geborenen, für die das Smartphone selbstverständlicher Dreh- und Angelpunkt des täglichen Lebens ist. Jedoch nutzt mittlerweile auch eine große Mehrheit der Seniorinnen und Senioren »Social Media« sowie E-Mail zur Kommunikation und informiert sich – neben den klassischen Medien Radio, Fernsehen und Tageszeitung – auch über das Internet. Die Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf hat daher eine eigene Website online gestellt. Ich habe mit dem hierfür verantwortlichen Seniorenvertreter FRANK-AXEL DIETRICH gesprochen.



Seniorenvertreter FRANK-AXEL DIETRICH  
Foto: privat

**Frank Jahnke:** Herr Dietrich, Sie betreiben als Mitglied und im Auftrag der Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf (SV-CW) deren Homepage. Vorweg mal die Frage: Was ist überhaupt eine Seniorenvertretung (SV)?

**Frank-Axel Dietrich:** Die Seniorenvertretung besteht auf gesetzlicher Grundlage. Sie besteht aus höchstens 17 Mitgliedern, die von allen über 60jährigen eines Bezirks gewählt werden. Sie soll die Interessen dieser Menschen in die Entscheidungen der Bezirksverwaltung und der BVV einbringen und in Einzelfällen gegenüber der Verwaltung unterstützen. Die Seniorenvertretung ist durch ihre Mitglieder in den meisten Ausschüssen der BVV vertreten. Sie beschickt auch ein Landesgremium der SV mit solchen Aufgaben.

**Frank Jahnke:** Wie kann es sein, dass die Seniorenvertretung bislang so wenig bekannt ist. Die Wahlbeteiligung lag zuletzt nur bei 5%.

**Frank-Axel Dietrich:** 5,31 % um genau zu sein. Aufgaben gibt es aber genug. Zum Beispiel soziale Absicherung, Aktivrente, Unterstützung im Pflegebereich, Hilfe bei Mobilitätseinschränkungen oder speziellen Kriminalitätsformen gegenüber Älteren (Enkeltrick z.B.), Teilhabe an Kultur oder Einsamkeitsbekämpfung. In nahezu all diesen Bereichen waren Mitglieder der Senior:innenvertretung auch aktiv. Es blieb aber un bemerkt. Deswegen fand ich die Homepage so wichtig, auch zur Information und Hilfe natürlich.

**Frank Jahnke:** Ist denn eine Internetpräsenz die richtige Form der Ansprache?

**Frank Axel Dietrich:** Nach einer frischen Studie nutzen inzwischen rund drei Viertel (74 Prozent) der Menschen ab 65 Jahren das Internet und 96% der Senior:innen wünschen sich Unterstützung für das Internet. Da gibt es übrigens in Charlottenburg-Wilmersdorf einiges, was auch stark nachgefragt wird, z.B. die Sprechstunden in der Heinrich-Schulz- oder Dietrich-Bonhoeffer- Bibliothek. Der Digitallotse Max bekommt durchgängig von den Teilnehmenden tolle Beurteilungen und Frau SCHMITT-SCHMELZ – die zuständige Stadträtin – hat gerade eine weitere Stelle ausgeschrieben. Angebote, die ein Mitglied der SV organisiert, gibt es auch im Seniorenclub Herthastraße (Herthastraße 25a, 14193 Berlin, Telefon: 030 891 72 95)

**Frank Jahnke:** Also alles richtig gemacht?

**Frank-Axel Dietrich:** Na ohne Frage gibt es noch Luft nach oben für unsere Einflussnahme. Unsere Vernetzung mit den Wählenden im Bezirk muss noch besser werden. Wenn wir z.B. die verstärkte Ausbesserung der Bürgersteige im Umfeld von Einrichtungen für ältere Menschen fordern und das schlicht wegen fehlenden Geldes zurückgewiesen wird, müssten wir lernen die Generation 60+ zu mobilisieren. Unterschriften zu sammeln, das Rathaus zu besuchen etc. Ein wenig darf man uns auch fürchten.

**Frank Jahnke:** Wann sind die nächsten Wahlen zur Vertretung der Generation 60 +?

**Frank-Axel Dietrich:** Voraussichtlich im März 2027. Ich bitte alle Wahlberechtigten um Teilnahme und vielleicht sogar Kandidatur. Im Januar 2027 bekommen alle Post vom Bezirksamt. Wer kandidieren möchte, muss sich aber bis zum 2. Oktober 2026 bei der Freiwilligenagentur des Bezirksamtes anmelden.

**Homepage der Seniorenvertretung:**  
[www.senior.vertretung-cw.de](http://www.senior.vertretung-cw.de).

## Berliner Jahr der Amateurmusik

**Über 16,3 Millionen Menschen in Deutschland musizieren regelmäßig, wie eine Studie erst im vergangenen Jahr zeigte, also etwa 21 % der Bevölkerung – für Berlin liegt die Zahl mit 38 % noch signifikant höher. Deutschlandweit gab es 2025 rund zwei Millionen Amateurmusikerinnen und -musiker mehr als noch vier Jahre zuvor, was kein Zufall ist. Wie Studien belegen, haben gerade während oder nach der Pandemie Menschen wieder stärker zur Musik gefunden. Hieran zeigt sich die wichtige soziale Funktion von Musik für Gesellschaft und Demokratie.**

Der Landesmusikrat Berlin e.V. hat daher das Jahr 2026 zum Berliner Jahr der Amateurmusik erklärt. Er will hiermit ein Zeichen für die vielfältige Amateurmusikszene Berlins setzen, wo hunderttausende von Menschen in Bands, Orchestern, Ensembles und Chören – oftmals ehrenamtlich, aus eigener Initiative und mit viel persönlichem Engagement. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass Kultur in Berlin im Alltag gelebt wird, wie der Landesmusikrat zur Begründung schreibt.

Der Tagesspiegel-Herausgeber LORENZ MAROLD, selbst ein engagierter Amateurmusiker, der mit seinen Kolleginnen und Kollegen vom »Checkpoint« eine eigene Checkpoint-Band ins Leben gerufen hat, ist Schirmherr des Berliner Jahres der Amateurmusik. Hierfür bekam er bei der Auftaktveranstaltung für das Jahr beim Kabarett »Die Stachelschweine« im Europa-Center von Hella DUNGER-LÖPER, Präsidentin des Landesmusikrats, augenzwinkernd auch einen Schirm überreicht. Anschließend ging es aber ernsthaft zur Sache. In zwei Gesprächsrunden verdeutlichten Expertinnen und Experten aus verschiedenen Perspektiven die Bedeutung der Amateurmusik für unsere Gesellschaft. PROF. VERA ALLMANRITTER, Leiterin des Instituts für Kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) in der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung stellte ihre Forschungsergebnisse zu diesem Thema vor – Spiegel-Autor ULRICH FICHTNER, der gerade erst im vergangenen Jahr ein Buch mit dem Titel »Die Macht der Musik« veröffentlicht hat, ergänzte mit konkreten Beispielen. PETRA MERKEL vertrat als Präsidentin des Chorverbands Berlin einen bedeutenden Teil der Amateurmusik auf dem Podium, während TILL SCHWABENBAUER als Vorsitzender des Landesverbands Berlin-Brandenburger Liebhaberorchester für die Instrumentalmusik teilnahm.

Wichtig ist dem Landesmusikrat auch der Brückenschlag zu anderen gesellschaftlich relevanten Kräften, weshalb FRIEDHARD TEUFFEL, Direktor des Landessportbunds Berlin, an der Veranstaltung teilnahm und die Forderungen des Landesmusikrats nach Gleichstellung der Musikförderung mit der Sportförderung unterstützte.

Die Berliner Landespolitik war durch die Abgeordneten ANDREAS GEISEL (SPD) und DENNIS HAUSTEIN (CDU) vertreten – beide sind Mitglieder des Hauptausschusses wie auch des Kulturausschusses. In ihren Statements ging es vorrangig um das auch für die Amateurmusik wichtige Thema der Kulturfinanzierung, etwa für Festanstellungen an den Musikschulen und insbesondere um die Frage von Proberäumen und Aufführungsorten für die Amateurmusik in öffentlichen Gebäuden. Auch ehrenamtliches Engagement braucht politische Unterstützung!



*Gesprächsrunde mit (v.l.n.r.) HELLA DUNGER-LÖPER, Präsidentin des Landesmusikrats Berlin, ANTJE VALENTIN, Generalsekretärin des Deutschen Musikrats, Autor ULRICH FICHTNER, MdA ANDREAS GEISEL und PROF. DR. VERA ALLMANRITTER  
Foto: Martina Feldmann*

**Informationen zum Berliner Jahr der Amateurmusik und geplante Veranstaltungen:**  
<https://www.landesmusikrat-berlin.de/amateurmusik/berliner-jahr-der-amateurmusik/>

✉ [newsletter@frank-jahnke.de](mailto:newsletter@frank-jahnke.de)

🌐 [www.frank-jahnke.de](http://www.frank-jahnke.de)

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke  
 Gurnemanzpfad 62, 13465 Berlin